



---

## **Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik**

6. Sitzung (öffentlich)  
15. Januar 1996  
Düsseldorf - Haus des Landtags  
13.30 Uhr bis 15.00 Uhr

Vorsitz: Dr. Horst Posdorf (CDU)  
Stenograph: Uwe Scheidel

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**1 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden** 1

Der Ausschuß wählt die Abgeordnete Gabriele Sikora (SPD) als Nachfolgerin des aus diesem Amt ausgeschiedenen ehemaligen Landtagsabgeordneten Jürgen Büssow.

**2 Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei** 1

Der Ausschuß setzt sich zunächst mit einem Schreiben des Vorsitzenden des Hauptausschusses auseinander (Anlage 1 zu diesem Ausschußprotokoll) und erläutert nach einem Einführungsbericht des Staatssekretärs der Staatskanzlei zum Einzelplan 02 weitere Einzelheiten.

Seite

- 3 "Initiativen der Landesregierung zur Verbesserung der Gleichberechtigungspolitik in der Europäischen Union - Umsetzung der europäischen Frauenförderprogramme in Nordrhein-Westfalen"** 5

- auf Antrag der Fraktion der CDU  
EU-Vorlage 12/32

Der Ausschuß verständigt sich auf Vorschlag der Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann darauf, den Bericht zunächst schriftlich entgegenzunehmen, um in einer späteren Sitzung dann in die Debatte einzusteigen.

- 4 Einzelplan 01 - Landtag** 6

Da wegen des relativ geringen Umfangs des Einzelplans 01 (Landtag) schon ein erster Beratungsdurchgang einer Detailberatung gleichkäme, verständigt sich der Ausschuß darauf, die Behandlung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu verschieben.

- 5 Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten** 6

Der Ausschuß nimmt Erläuterungen zum Einzelplan 09 durch den zuständigen Minister entgegen.

- 6 Ausschußreise nach Brüssel** 7

Der Ausschuß verständigt sich nach intensiver Diskussion auf den Ablaufplan seiner Ausschußreise nach Brüssel.

\*\*\*\*\*

## Aus der Diskussion

### 1 Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Kein Diskussionsprotokoll

### 2 Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Vor der Berichterstattung durch Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei) weist **Vorsitzender Dr. Horst Posdorf** auf ein Schreiben des Hauptausschußvorsitzenden Klaus Matthiesen hin (siehe **Anlage 1** zu diesem Ausschußprotokoll) und skizziert den weiteren Beratungsverlauf (Detailberatung: 29. Januar 1996; Abstimmungssitzung: 26. Februar 1996).

(Allgemeine Zustimmung)

Der Vorsitzende greift den Hinweis des **Abgeordneten Erich Heckelmann (SPD)** auf: Der Ausschuß werde selbstverständlich im Zusammenhang mit der Eine-Welt-Problematik die ihn tangierenden haushaltspolitischen Aspekte beraten und dazu die Vertreterinnen und Vertreter der entsprechenden Ministerien anhören. Sofern es Wünsche in diese Richtung gebe, so der **Vorsitzende** weiter, sollten diese möglichst frühzeitig bekanntgegeben werden.

Sodann teilt der Vorsitzende mit, die Staatskanzlei habe mit Vorlage 12/300 zusätzliche Erläuterungen zum Einzelplan 02 in schriftlicher Form eingebracht.

**Staatssekretär Rüdiger Frohn (Staatskanzlei)** geht zunächst auf die Titelgruppe 71 im Kapitel "Allgemeine Bewilligungen" ein. Der Ansatz für diese Titelgruppe werde um 280 000 DM höher ausfallen als 1995. Angesichts der generellen Absenkung im Zuge der Konsolidierungspolitik sei dieser ungewöhnliche Schritt damit zu erklären, daß ein neuer Titel "Förderung eines flächendeckenden Netzes von Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren" bei Titel 684 71 mit einem Betrag von zusätzlich einer Million DM für die erste Ausbaustufe eingesetzt worden sei.

In der "Internationalen Zusammenarbeit" (Titelgruppe 72) seien die Mittel für die Disponiblen um 30 % gekürzt worden. Die Kürzung bei den Entwicklungspolitischen Maßnahmen sei auf 20 % begrenzt worden. Dadurch werde das Verhältnis zwischen der Ost-West-Zusammenarbeit auf der einen und der Nord-Süd-Zusammenarbeit auf der anderen Seite verändert. Außerdem seien die Gewichte zugunsten der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit verschoben worden.

Zur Struktur der Ansätze in der Titelgruppe 71: 1995 habe für Inlandsmaßnahmen (im wesentlichen: Nord-Süd-Beauftragter, "Forum Eine Welt" und entwicklungspolitische

Bildungsarbeit) ein Ansatz von 680 000 DM zur Verfügung gestanden. Für Inlandsmaßnahmen (Projekte und konkreter Friedensdienst) seien 2,9 Millionen DM veranschlagt worden. Die Ist-Aufwendungen für Inlandsmaßnahmen hätten sich auf rund eine Million DM belaufen sowie 2,2 Millionen DM für Auslandsmaßnahmen.

Dieses Verhältnis von ein Drittel:zwei Drittel sei verändert worden. Im Ansatz 1996 würden für Inlandsmaßnahmen (einschließlich der Promotorinnen und Promotoren, des Beirats für Eine-Welt-Politik, Honorare für eine Hilfskraft beim Nord-Süd-Beauftragten) 1,7 Millionen DM vorgesehen. Für Auslandsmaßnahmen seien es 2,2 Millionen DM (43 % Inland: 57 % Ausland). In dieser neuen Aufteilung spiegele sich der politische Wille der Landesregierung wider, deutlich mehr Konzentration auf eine Bewußtseinsänderung in der Entwicklungspolitik im eigenen Land zu richten. Auch die zugunsten der Inlandsstruktur veränderte Arbeit spiegele den realen Bedarf im Rahmen dessen, was haushaltspolitisch möglich sei, jedoch immer noch nicht hinreichend wider. Das belegten beispielsweise die "Zuschüsse für Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit" und die Mittel für die Zeitschrift "Forum Eine Welt".

Sachstand und Planungen in bezug auf die einzelnen Ansätze: Der Übersicht über die Auslandsprojekte 1995 sei zu entnehmen, daß sich der Mittelaufwand auf 1,65 Millionen DM belaufe. Für die 13 Projekte der Landesregierung betrage das Volumen 840 000 DM. 24 Projekte würden von Nicht-Regierungsorganisationen gefahren. (Volumen: 810 000 DM).

Projektplanung: Mit den entsprechenden Übersichten verdeutliche die Landesregierung, welche Projekte - da sie verbindlich zugesagt seien - fortgeführt würden. Außerdem würden die von der Landesregierung selbst geplanten Vorhaben sowie die Projektanträge der Nicht-Regierungsorganisationen aufgeführt. Für Projekte, deren Weiterführung die Landesregierung verbindlich zugesagt habe, und solche, die weitergeführt werden sollten, damit auf keinen Fall "Ruinen in die Welt gesetzt würden", seien 1,2 Millionen DM vorzusehen.

Gegenüber den Haushaltsansätzen verbleibe ein Spielraum von rund 630 00 DM. Ein Teil dieser Summe werde für Inlandsmaßnahmen vorgesehen werden müssen, damit die notwendige Deckung erreicht werde. Die "Freie Spitze" für neue Ansätze sei somit äußerst kurz.

In den vergangenen Jahren sei immer wieder über die Kriterien der Bewilligung von Projektanträgen debattiert worden. Eine Rolle spiele auch der Anteil der Frauenprojekte. Die Landesregierung wolle für mehr Transparenz sorgen und außerdem die Hälfte der Projektmittel für frauenspezifische Maßnahmen verwenden. Wegen der Weiterführung begonnener Projekte werde das im ersten Jahr nicht in vollem Umfang gelingen können. Für die Folgejahre solle das aber voll zur Geltung kommen. Ein Kriterienkatalog, der sich an den Leitlinien der Entwicklungspolitik orientiere, werde zur Zeit erarbeitet. Die Landesregierung werde eine zielgruppenorientierte Verwendung der Mittel für Frauenprojekte sicherstellen.

Die Carl-Duisberg-Gesellschaft werde den Konkreten Friedensdienst im Auftrag der Landesregierung durchführen. In den letzten Jahren hätten insgesamt 1 700 Teilnehmer dieses Angebot genutzt. Inhalt und Durchführung hätten sich bewährt. Für ihre beiden Programme erhalte die Carl-Duisberg-Gesellschaft einen Verwaltungskostenanteil von je 12 % der Projektmittel.

Eine Steigerung wäre wünschenswert, könne sich aber nur im Rahmen der Möglichkeiten des Einzelplans 02 bewegen.

Nord-Süd-Beauftragter (Titel 427 71). Der Nord-Süd-Beauftragte erhalte über diesen Titel Mittel für einen eigenen Mitarbeiter und sei insofern nicht mehr nur auf die Zusammenarbeit mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei angewiesen. Die Deckung des Ansatzes (80 000 DM) erfolge über den Titel 534 71. Außerdem sei das Fachreferat für Eine-Welt-Politik im Zuge einer Umorganisation von der Aufgabe der Befassung mit "Mazedonien" und dem "Reintegrationsprogramm Skopje" entlastet worden. Nunmehr stehe der Staatskanzlei ein Referat "exklusiv" für Eine-Welt-Politik zur Verfügung. Das sei der Bedeutung der Aufgabe auch angemessen.

"Forum Eine Welt" (Titel 531 71). Er plädiere dafür, diese Zeitschrift auch weiterhin vierteljährlich erscheinen zu lassen. Dieses Medium transportiere Ideen und Sorge für die Information quer durch die Palette der interessierten Organisationen. Das vierteljährliche Erscheinen von 17 000 Exemplaren könne mit dem Ansatz von 300 000 DM aufrechterhalten werden. Diese Summe könne aus einem anderen Titel gedeckt werden und sei deshalb bisher noch nicht explizit ausgewiesen worden.

"Eine-Welt-Beirat". Die Berufung der Mitglieder werde zur Zeit vorbereitet. Bis Ende Januar werde er den Ausschuß über die Überlegungen der Landesregierung zur Aufgabenzusammensetzung und Arbeitsweise unterrichten, um die Vorstellungen der Landesregierung mit dem Ausschuß erörtern zu können. Diese Position sei im übrigen nur insoweit haushaltswirksam, als den Mitgliedern des Beirats Reisekosten erstattet werden müßten.

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit und Förderung eines landesweiten Netzes von Eine-Welt-Promotorinnen (Titel 684 71). Für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit seien 280 000 DM vorgesehen (minus 20 % gegenüber dem Vorjahr). Neu eingebracht werde ein Ansatz über eine Million DM für die erste Ausbaustufe des geplanten Promotorinnen-Netzes.

Was habe sich die Landesregierung bisher bezüglich eines flächendeckenden Netzes von Eine-Welt-Promotorinnen und -Promotoren überlegt? - In Zeiten, in denen wenig Geld zur Verfügung stehe, setze auch ein Volumen von einer Million DM klare Zeichen. Das Projekt habe weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus Modellcharakter. Das Vorhaben könne nur gelingen, wenn Landesregierung und Parlament das Modell gemeinsam mit den Initiatoren und Nutzern erarbeiteten und der Vielfalt der Gruppen und Gruppierungen Rechnung trügen. Wirksame Bewußtseinsarbeit in der Bevölkerung könne wahrscheinlich - so die Gruppierungen - nur mit professioneller und hauptamtlicher Unterstützung gelingen. Zahlreiche Gruppen und Initiativen hätten sich in den vergangenen Jahren um die Gewinnung hauptamtlicher Kräfte bemüht. Unterstützt hätten sie die Kirchen sowie AB-Mittel. Für eine erste Ausbaustufe im Jahre 1996 habe das Land in den Haushaltsentwurf eine Million DM eingestellt und gehe davon aus, daß die Kosten bei den Trägern dieser Maßnahmen für einen vollbeschäftigten Promotor (eine Promotorin) einschließlich einer angemessenen Sachausstattung ungefähr 100 000 DM ausmachten.

Für das Endstadium sei geplant, daß mit Projektmitteln der Aufbau eines Netzes von etwa 25 Personen finanziert werde. Das, was jetzt mit einem ersten Schritt im Haushalt 1996 beginne, werde Projektfragen nach sich ziehen, die die weiteren Haushalte betreffen. Ende

Dezember sowie am 9. und 11. Januar habe die Staatskanzlei bereits mit drei interessierten Gruppen Gespräche geführt, um herauszufinden, wie das Modell gestaltet werden müsse, um mit Blick auf eine professionelle Informations- und Bildungsarbeit Fortschritte zu erzielen. Außerdem sollte geklärt werden, wie die Vielfalt der Gruppen angemessen repräsentiert werden könne, ob es auch eine rein regionale oder sektorale Eine-Welt-Politik geben könne, welche Angebote und Interessenten bekannt seien. Die Abhängigkeit vom Jährlichkeitsprinzip des Haushalts müsse abgebaut werden.

In diesem Zusammenhang mache es Sinn, die Feststellungen und Schlußfolgerungen, die das bereits mehrfach angekündigte Forschungsprojekt des Instituts für Theologie und Politik in Münster zur Situation und den Perspektiven von Eine-Welt-Gruppen gemacht habe, einzubringen. Der Bericht sei der Staatskanzlei in der vergangenen Woche zugeleitet worden und werde als hervorragende Diskussionsgrundlage betrachtet. Innerhalb der kommenden zehn Tage würden dem Ausschuß sowohl die Studie als auch ein Diskussionspapier zum Promotorinnen/Promotoren-Projekt zugeleitet, die als Beratungsgrundlage in der Ausschußsitzung Ende des Monats dienen könnten.

(Allgemeiner Beifall)

**Erich Heckelmann (SPD)** fragt, ob bei einer Veränderung der Auflagenhöhe und des Erscheinungsmodus Schwierigkeiten bestünden, wenn der Ansatz nicht erhöht werde. - Sehe die Staatskanzlei bereits jetzt eine Deckungsmöglichkeit über die Titelgruppe 71?

**Ilka Keller (CDU)** möchte wissen, ob das "Forum Eine Welt" kostenlos verteilt werde und welcher Verteiler zugrunde gelegt werde.

**Ute Koczy (GRÜNE)** bittet um Auskunft, wie die Resonanz auf den Bereich der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im vergangenen Jahr gewesen sei. Sie bedaure die dortigen Kürzungen; bereits im letzten Jahr hätten die Mittel nicht ausgereicht.

**Staatssekretär Rüdiger Frohn** geht zunächst auf das "Forum Eine Welt" ein. Die in einer Auflagenhöhe von 17 000 Exemplaren erscheinende Zeitschrift werde kostenlos abgegeben. Ein Vertriebssystem, über das Gelder zurückfließen könnten, verursachte höhere Kosten, als Mittel zurückzuholen wären. Zum Verhältnis Auflagenhöhe/Ansatz (160 000 DM): Wegen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit habe der notwendige Ausgleich stattfinden können. Nichtsdestoweniger halte er es für besser, wenn das in Zukunft klarer ausgewiesen würde. Bei unverändertem Titelanatz müsse es zu Veränderungen kommen. Wesentlich fielen die Kosten der Redaktionsarbeit sowie die Vertriebskosten ins Gewicht. Wollte man den Qualitätsstandard beibehalten, müßte der Ansatz erhöht werden (zirka 140 000 DM).

Die Deckung ginge wohl zu Lasten anderer Projekte der technischen Zusammenarbeit im Ausland. Es gehe um die Gewichtung von vorrangigen und nachrangigen Vorhaben. - Die Antwort zum abgesenkten Ansatz für die Maßnahmen der Bildungsarbeit entspreche dem,

was er bereits zum Forum Eine-Welt ausgeführt habe. Die Stellgrößen seien beschränkt. Das verdeutliche den Effekt der Vorrangig- und Nachrangigkeit eher als bei den ganz großen Etats.

Zum Verteilerschlüssel erläutert **Regierungsdirektor Brückner (Staatskanzlei)**: Der Schlüssel basiere auf Erhebungen über die "Eine-Welt" - beziehungsweise "Dritte-Welt"-Gruppen anlässlich der Landesausstellung Dritte Welt und habe sich kontinuierlich weiterentwickelt. Überarbeitet worden sei er insbesondere hinsichtlich der Mehrfachverteiler.

**Hans Kern (SPD)** bittet um weitere Informationen zum Nord-Süd-Zentrum. Was geschehe mit dem Zentrum in Bonn? - "Zuschüsse für Investitionskosten im Ausland" (Titelgruppe 71): Dazu gebe es keine Erläuterung. Es könne zu einer Überschneidung mit den Auslandsprojekten kommen. Betreffend die Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen hätte er gerne eine Liste.

**Staatssekretär Rüdiger Frohn** sagt diese Information für die Einzelberatung im Ausschuß zu. - Unter "Nord-Süd-Zentrum" sei eine Ansammlung von Politikschwerpunkten zu verstehen. In seinem Gespräch mit dem BWZ habe er die finanziellen Verpflichtungen angesprochen, die bisher beim Land Berlin lägen und nach dem Umzug dort noch beheimateter Einrichtungen (DIE, DED) von Nordrhein-Westfalen zu übernehmen seien. Eine Erklärung, die dies eindeutig festhalte, sei verabschiedet worden. Darüber hinaus seien Leitgedanken und Konzeptionen für den Aufbau Bonns als Standort der Nord-Süd-Zusammenarbeit angesprochen worden. Damit der qualitative Aspekt zur Geltung komme, habe er das BMZ gebeten, das Thema im Koordinierungsausschuß für die Ausgleichsmaßnahmen in der Region Bonn zu behandeln. Das BMZ habe ihm vor kurzem schriftlich mitgeteilt, es wolle noch an dieser Konzeption arbeiten.

Der Ausschuß vertrete im übrigen nicht nur die Interessen des Sitzlandes Nordrhein-Westfalen, sondern habe auch eigene inhaltliche Interessen und solle an diesem Thema konzeptionell weiterarbeiten. Die Ansiedlung der Stiftung Entwicklung und Frieden sei ein bereits bescheidener Beitrag, daß sich in Bonn etwas entwickle.

(Hans Kern [SPD]: Danke.)

**3 "Initiativen der Landesregierung zur Verbesserung der Gleichberechtigungspolitik in der Europäischen Union - Umsetzung der europäischen Frauenförderprogramme in Nordrhein-Westfalen"**

Antrag der Fraktion der CDU  
(siehe Anlage 1)

EU-Vorlage 12/32

**Ilse Ridder-Melchers, Ministerin für die Gleichstellung von Frau und Mann**, schlägt dem Ausschuß vor, ihren sehr umfangreichen Bericht zunächst schriftlich zur Verfügung zu stellen. - Der Ausschuß erklärt sich einverstanden. - Auf eine Nachfrage der Abgeordneten **Gabriele Sikora (SPD)** bezüglich der Mittelkürzung von 60 Millionen ECU auf 30 Millionen ECU auf sowie die Haltung der Bundesregierung zum Artikel 235 des EU-Vertrags teilt **Ministerin Ridder-Melchers** mit, auf Bundesebene habe eine erhebliche politische Diskussion um die Aufstellung des Vierten Aktionsprogramms zur Umsetzung der Gleichberechtigung für Frauen und Männer gegeben. Zunächst habe die Bundesregierung das Programm blockiert. In der Umsetzung sei es leider zu einer Halbierung des Mittelansatzes gekommen. Das, was für die gesamte EU an Mitteln zur Verfügung stehe, bedeute lediglich einen Tropfen auf den heißen Stein.

**4 Einzelplan 01 - Landtag**

Kein Diskussionsprotokoll

**5 Einzelplan 09 - Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten**

**Dr. Manfred Dammeyer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten**, verweist auf die Vorlage der Landesregierung, mit der der Haushalt des Einzelplans 09 im wesentlichen erläutert werde. Der Staatssekretär und er, Dammeyer, hätten in bezug auf Eine-Welt-Aktivitäten in anderen Ressorts nachgefragt. Dort habe man sich offensichtlich noch nicht daran gewöhnt, ein Europaministerium von sich aus mit solchen Informationen zu beliefern. Sobald diese Informationen vorlägen, werde er sie unverzüglich weiterleiten.

Im EU-Personalaustausch habe man die Regelung vorgesehen, das Personal, das in EU-Institutionen in Brüssel entsandt werde, in einem Pool beim Europaministerium zu führen. Diese Bediensteten könnten bis zu einem Jahr in der Brüsseler Vertretung arbeiten.

Im punkto Betreuung bei der Datenverarbeitung sei der Nachholbedarf sehr groß, äußert der Minister auf eine entsprechende Nachfrage der Abgeordneten **Ilka Keller (CDU)**. Das hänge



unter anderem damit zusammen, daß das Ministerium selbst in Bonn untergebracht sei und eine Verbindung nach Brüssel benötigt werde.

Bei den Mitteln, die unter Kapitel 09 030 für den Titel 684 20 zur Verfügung gestellt würden, antwortet **Minister Dr. Dammeyer** auf eine Frage des Abgeordneten **Erich Heckelmann (SPD)**, handele es sich um Komplementärmittel des Landes.

Die für die "Europapolitischen Veranstaltungen" - Titel 534 00 - veranschlagten Mittel stellten den Anteil dar, der bisher in der Staatskanzlei unter den bislang von der Landesregierung verwandten Mitteln für europapolitische Maßnahmen aufgewandt worden sei. Es gehe darum, eine möglichst umfangreiche Information der Öffentlichkeit zu erreichen. Konkrete Planungen gebe es bisher noch nicht, weil die eigenen Gelder gebündelt werden sollten, um sie in geeigneten Initiativen zu verwenden. In diese Richtung gingen auch Erläuterungen zum speziellen Titel im Haushalt.

## 6 Ausschußreise nach Brüssel

Kein Diskussionsprotokoll

gez. Dr. Posdorf

Vorsitzender

Anlage

24.01.1996 / 26.01.1996

170





**Klaus Matthiesen MdL**

Vorsitzender  
des Hauptausschusses

**LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN**

Landtag Nordrhein-Westfalen Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Telefonzentrale: (02 11) 88 4 - 0  
Durchwahl: 22 20/22 26

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
für Europa- und Eine-Welt-Politik  
Prof. Dr. Horst Posdorf MdL

Düsseldorf, 11.1.96

im Hause

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1996 (Haushaltsgesetz 1996)**

Sehr geehrter Herr Kollege,

für Ihr Schreiben vom 13.12.1995 darf ich mich herzlich bedanken.

Auch ich gehe davon aus, daß Ihr Ausschuß als ordentlicher Fachausschuß nunmehr unmittelbar den federführenden Haushalts- und Finanzausschuß über das Ergebnis seiner Haushaltsberatungen unterrichtet.

Die Fraktionen haben sich im Hauptausschuß im Dezember darüber verständigt, daß im Einzelplan 02 die Titelgruppe 71 (Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern) in die alleinige Zuständigkeit des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik fällt, im übrigen aber dieser Einzelplan im Hauptausschuß federführend beraten werden soll. Das gilt auch für die Titelgruppen 72 (Internationale Zusammenarbeit) und 76 (Maßnahmen der Landesregierung zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen). Darauf hat die CDU-Fraktion im Hauptausschuß besonderen Wert gelegt. Ihr Ausschuß wird selbstverständlich nicht gehindert, sich mit diesen Titelgruppen im Wege der Mitberatung zu befassen.

Mit freundlichen Grüßen

*Klaus Matthiesen*

Klaus Matthiesen

*Hans Unger*

*b.R.*

*H. F. J.*

*Hans 15/1*